

15.32

Abgeordnete Mag. Christiane Brunner (Grüne): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Mein Kollege Wolfgang Pirkhuber hat eine umfassende Anfrage zur Zulassung von Glyphosat an den Herrn Landwirtschaftsminister gestellt.

Herr Minister, Sie haben recht, die Antworten darauf waren sehr ausführlich. Eine wesentliche Antwort hat aber gefehlt, nämlich die zur Ihrer Position. Eine Frage ist allerdings beantwortet, die von einem meiner Vorredner auch schon gestellt wurde: Kommt die österreichische Landwirtschaft überhaupt ohne dieses Unkrautbekämpfungsmittel aus? Und diese Frage ist, wie gesagt, beantwortet, die haben Sie selbst nämlich in einem Interview mit der „Tiroler Tageszeitung“ mit Ja beantwortet. Es gibt viele Alternativen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich noch einmal die Frage, warum wir ausgerechnet bei so einem Unkrautbekämpfungsmittel, das als wahrscheinlich krebserregend gilt, bei dem die hormonellen Wirkungen noch nicht einmal geprüft sind, jetzt überhaupt darüber reden, dass es zugelassen werden könnte. Das ist ein klassischer Fall für das Vorsorgeprinzip, das wir heute Vormittag rund um das Thema TTIP schon diskutiert haben. Unsere Klubobfrau Glawischnig hat gesagt: Na ja, eine Mutter soll nicht nachträglich beweisen müssen, dass der Schnuller fürs Baby giftig war. Wenn ein Verdacht besteht, dass ein Schnuller fürs Baby giftig ist – nur ein Verdacht –, darf er nach dem Vorsorgeprinzip nicht in Umlauf geraten. Das Gleiche gilt für dieses Unkrautbekämpfungsmittel. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ob das jetzt stattfindet oder nicht, ist eine politische Entscheidung. Natürlich gibt es Meinungen von Expertinnen und Experten, die müssen selbstverständlich die Basis unserer Entscheidung sein. Und im Übrigen würde ich mir wünschen, wenn bei vielen anderen Themenbereichen **auch so** auf die Einschätzungen von Expertinnen und Experten gehört wird, zum Beispiel beim Klimaschutz. Dann hätten nämlich hier im Parlament schon ganz andere Entscheidungen getroffen werden müssen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist eine politische Entscheidung. Dafür wurden wir gewählt, um Entscheidungen zu treffen, und das ist jetzt unsere Verantwortung. Wir Grünen haben deswegen einen sehr klaren Antrag eingebracht, der eine klare österreichische Position beziehen würde. – Der wurde vertagt. Beschluss dazu hat es in diesem Haus keinen gegeben, es hat allerdings eine Reihe von Beschlüssen gegeben, die zum Teil schon erwähnt wurden. Es gibt ja viele Gemeinden, die entschieden haben: Wir setzen dieses Gift bei

uns nicht ein! Es gibt eine ganze Reihe von Bundesländern, die klare Entscheidungen getroffen haben, dass sie dieses Gift nicht verwenden wollen, dass sie nicht wollen, dass Glyphosat weiter in Umlauf kommt. Und es gibt auch Entscheidungen von anderen Ländern; das Beispiel Frankreich hat mein Kollege Wolfgang Pirkhuber schon erwähnt. Aber auch Schweden, Italien, die Niederlande werden sich gegen die Verlängerung des Einsatzes von Glyphosat aussprechen.

Die Frage ist: Was macht Österreich? – Das ist weiterhin unklar. Es ist zu erwarten, dass sich Deutschland leider enthalten wird; das heißt, es kommt auf weitere Länder an, unter anderen eben auch auf Österreich, ob dieses Gift in Zukunft weiter im Einsatz ist oder nicht.

Herr Minister, da komme ich zu der entscheidenden offenen Frage in der Anfragebeantwortung. Sie sagen eben auf die Frage nach der Position Österreichs: „Ob Glyphosat als genehmigter Wirkstoff in der Union gelistet bleibt, hängt von der weiteren Vorgehensweise auf EU-Ebene ab.“

Ja selbstverständlich, aber was tragen Sie dazu bei, um diese Vorgangsweise zu beeinflussen, und welche Position beziehen Sie? Es ist eben **nicht** die Entscheidung der Kommission, sondern heute und morgen entscheiden die Mitgliedsstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit, wie wir zu dieser Frage stehen. Da hätte ich mir schon eine klare Antwort von Ihnen und auch eine klare Position Österreichs erwartet. *(Zwischenbemerkung von Bundesminister Ruppachter.)* – Und selbst wenn es eine Entscheidung der Kommission ist, erwarte ich mir vom Landwirtschaftsminister der Republik Österreich, dass er alles in seiner Macht Stehende tut, um diese Entscheidung zu beeinflussen. Auch dann würde ich gerne von Ihnen wissen, welche Position Sie im Namen Österreichs dort vertreten. *(Bundesminister Ruppachter: Ich sitze nicht in diesem Ausschuss!)*

Wir wollen in Österreich eine Landwirtschaft, die gut produzieren kann, die gesunde Lebensmittel produzieren kann. Dafür braucht es kein Gift – im Gegenteil –, und es ist unsere Erwartung an Sie, dass Sie sich dafür einsetzen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Österreich ein eigenständiges, starkes und engagiertes Klimaschutz-, Energie- und Umweltministerium braucht. – Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

15.37

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Locker. – Bitte.